

## DBB NRW gratuliert den neu gewählten Abgeordneten des NRW-Landtages

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 2022

**Roland Staudé, Vorsitzender des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, gratuliert im Namen des Vorstandes den neu und wiedergewählten Landtagsabgeordneten zu ihrer Wahl.**

Am 15. Mai 2022 war es so weit: Knapp 13 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, sich an der Landtagswahl zu beteiligen. Davon rund 786 000 junge Menschen zum ersten Mal. Leider ist die Wahlbeteiligung bei dieser Wahl mit 55,5 Prozent historisch niedrig ausgefallen (65,2 Prozent in 2017). Daraus ergibt sich, dass in jedem Wahlkreis im Schnitt mehr als 45 000 Wahlberechtigte nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben.

Zwar seien die Gründe für die extrem niedrige Beteiligung schwer einzuschätzen, so Staudé, es habe aber nach seiner Einschätzung nicht an einer allgemeinen Wahlmüdigkeit gelegen. Nach Meinung von Fachleuten liegt der Hauptgrund für die gesunkene Wahlbeteiligung an dem geringen Ausmaß der Polarisierung in Hinblick auf Themen und Kandidaten.

Das amtliche Endergebnis ist bekannt. Die CDU hat 35,7 Prozent der Zweitstimmen, die SPD 26,7 Prozent, die Grünen 18,2 Prozent, die FDP 5,9 Pro-



© Tariff/Fotolia.com

zent und die AfD 5,4 Prozent erreicht. Der neue Landtag umfasst jetzt 195 Sitze. Es gibt nur noch 14 Ausgleichsmandate; 2017 gab es 18. Somit verkleinert sich der Landtag im Vergleich zur vorherigen Wahlperiode um vier Sitze.

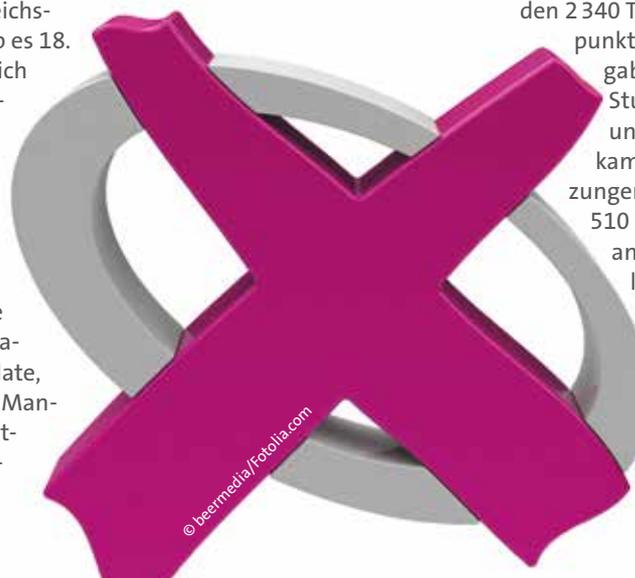
Die CDU erhält ausschließlich 76 Direktmandate, die SPD 56 Mandate, davon 45 Direktmandate, und die Grünen 39 Mandate und davon erstmals auch 7 Direktmandate. Die FDP und die AfD ziehen

jeweils mit 12 Mandaten in den neuen Düsseldorfer Landtag ein.

**Roland Staudé** freut sich, dass die Parteien, die für einen Rechtsstaat und damit für die freiheitlich demokratische Grundordnung stehen, eine deutliche Mehrheit im Landtag erreicht haben. „Mit Spannung verfolgen wir nun die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen“, so Staudé. „Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit sowohl mit der neuen Landesregierung als auch mit der künftigen Opposition im Landtag.“

### Rückblick auf die zu Ende gegangene 17. Wahlperiode

Dem Landtag gehörten in der zu Ende gehenden Wahlperiode 199 Abgeordnete an. In 170 Plenarsitzungen wurden 2 340 Tagesordnungspunkte behandelt. Es gab 103 Aktuelle Stunden. Die Fach- und Unterausschüsse kamen auf 1 751 Sitzungen, darunter waren 510 Sachverständigenanhörungen. Die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse kamen auf 249, die Enquetekommissionen auf 135 Sitzungen (davon 28 Anhörungen).



© beermmedia/Fotolia.com

### 2 Aufwertung und Entlastung erreicht

Tarifeinigung für den Sozial- und Erziehungsdienst



### 3 Austausch mit NRW-Innenminister Reul

DBB NRW beleuchtet Kernthemen des öffentlichen Dienstes



### 4 Gratulation für neu gewählten Vorstand

Gewerkschaftstag der vdlA gewerkschaft



© vdlA gewerkschaft.nrw

# Andreas Hemsing: Aufwertung und Entlastung erreicht

Tarifeinigung für den Sozial- und Erziehungsdienst

Nach Einschätzung des dbb Verhandlungsführers Andreas Hemsing haben die Tarifparteien sich auf wesentliche Verbesserungen für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes geeinigt. Und es gebe konkrete Perspektiven und einen Einstieg beim wichtigen Thema „Entlastung“.

Dies sagte ein sichtlich erleichtert **Hemsing**, der auch Chef der komba gewerkschaft und Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission ist, nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) am 18. Mai 2022 in Berlin.

Die VKA habe sich lange Zeit kaum bewegt, erläuterte der dbb Verhandlungsführer. „Genau deshalb war es wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen die Schlagzahl bei Demos und Streiks in der letzten Woche noch einmal deutlich erhöht haben. Das ordentliche Ergebnis, auf dem wir in Zukunft aufbauen können, haben sie durch ihre kämpferischen Aktionen erst möglich gemacht.“

Zum Beispiel am 13. Mai 2022 in Aachen demonstrierte die komba gewerkschaft eindrucksvoll für einen fairen Abschluss der Tarifverhandlungen.

Weitere Infos mit den konkreten Ergebnissen zu den Tarif-



Andreas Hemsing mit Demonstranten vor der letzten Verhandlungsrunde in Potsdam



ver.di-Vorsitzender Frank Werneke, Karin Welge, Oberbürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen und Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Andreas Hemsing (von links)

verhandlungen auf der Webseite des dbb (<https://www.dbb.de/arbeitnehmende/sozial-und-erziehungsdienst.html>).



Soziale Berufe endlich wertschätzen – Demo am 13. Mai 2022 in Aachen



Viele Kolleginnen und Kollegen schlossen sich dem Demonstrationszug an.



© IM\_Messica Lemke (2)

NRW-Innenminister Reul im Austausch mit dem DBB NRW Vorstand

## DBB NRW beleuchtet Kernthemen des öffentlichen Dienstes

Austausch mit NRW-Innenminister Herbert Reul

Der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion besuchte am 10. Mai das NRW-Innenministerium zu einem Rückblick auf die vergangene Legislatur und beleuchtete dabei verschiedene Kernthemen aus Sicht der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Das Fazit: Einiges wurde erreicht, doch es gibt auch noch vieles zu tun.

### Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Gewalttätige Übergriffe gegen Bedienstete sind ein schwerwiegendes Problem. Beide Seiten lobten hier die Kampagne #sicherimDienst. Der Innenminister hob insbesondere das Engagement der dbb jugend nrw hervor. Reul: „Das Thema ist hier sehr gut aufgehoben.“

Handlungsbedarf sieht der DBB NRW im Rechtsschutz. Rechtsreferentin **Julia Dalhoff-Schereik** merkte an, dass § 82 a LBG NRW, der den Anspruch auf Schmerzensgeld regelt, in der Praxis hohe Hürden zeige. Betroffene müssten zunächst ein Klageverfahren einleiten, was die meisten aber nicht riskieren. Der DBB NRW fordert

hier eine deutliche Senkung dieser Hürden zum Wohl der Bediensteten.

### Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Der Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, machte deutlich, dass mit dem Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes „nicht der große Wurf“ gelungen sei. Insbesondere bei den Langzeitarbeitskonten sei noch „Luft nach oben“.

Dies wurde auch vom stellvertretenden Vorsitzenden des DBB NRW, **Erich Rettinghaus**, bestätigt: Das kürzlich verabschiedete Gesetz sei für die Polizei nicht praxistauglich. **Himmert Ertürk**, ebenfalls stell-



Die Delegierten des DBB NRW: Roland Staude, 1. Vorsitzender, Himmert Ertürk und Erich Rettinghaus, stellvertretende Vorsitzende, und Julia Dalhoff-Schereik, Rechtsreferentin (von links)

vertretender Vorsitzender des DBB NRW, ergänzte, dass ressortspezifische Lösungen erforderlich seien. Das zeige sich an der Problematik der Polizei, gelte aber ebenso für andere Verwaltungsbereiche.

Innenminister **Reul** räumte ein, dass das Gesetz in der jetzigen Form ein erster Aufschlag sei, der sicher noch weiter optimiert werden könne und auch sollte.

### Situation der kommunalen Ordnungsdienste

Die Anforderungen an die kommunalen Ordnungsdienste haben in der Coronapandemie deutlich zugenommen. Roland Staude fragte deshalb, ob Maßnahmen geplant seien,

um Personal und Ausstattung der Dienste besser aufzustellen.

Das Innenministerium verwies darauf, dass möglichst schon im Herbst modulare Schulungen angeboten werden sollen, um Seiteneinsteiger mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen flexibel für den Dienst ausbilden zu können.

Was die Ausstattung betrifft, habe der Digitalfunk oberste Priorität, um in Krisenzeiten eine reibungslose Kommunikation zu gewährleisten. Dazu sei eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller 16 Bundesländer ins Leben gerufen worden. Ziel: die Entwicklung einer länderübergreifenden Lösung noch in diesem Jahr. *UG*



Der DBB NRW Vorstand gratuliert dem vdlA Vorsitzenden zur Wiederwahl: Stefan Behlau, Andreas Hemsing, Mathia Arent-Krüger, Himmet Ertürk, Diana Wedemeier und Roland Staude (von links).

© Markus Klügel (5)

## Gewerkschaftstag der vdlA gewerkschaft in Kaarst

Roland Staude gratuliert dem neu gewählten Vorstand.

**Die vdlA gewerkschaft hat ihren alle fünf Jahre stattfindenden zweitägigen Gewerkschaftstag am 28. und 29. April 2022 erneut in Kaarst durchgeführt. Auf der öffentlichen Veranstaltung gratulierte der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Roland Staude, dem neu gewählten Vorstand.**

Die vdlA gewerkschaft hat auf ihrem Gewerkschaftstag 2022 einen neuen Vorstand gewählt und sich damit neu aufgestellt, um sich den Herausforderungen der Gewerkschaftsarbeit in der Zukunft zu stellen.

Der neue, verkleinerte Landesvorstand besteht aus dem wiedergewählten Vorsitzenden **Himmet Ertürk**, seiner wiedergewählten Stellvertreterin **Ingrid Straub**, den beiden neu gewählten stellver-

tretenden Vorsitzenden **Roland Ferres** (bisher weiteres Vorstandsmitglied) und **Dirk Wildschütz** sowie dem wiedergewählten Schatzmeister **Björn Herrmann** und der wieder gewählten Schriftführerin **Anja Emler**. Komplettiert wird der Landesvorstand durch die Landesjugendleiterin **Eileen Claesges** und den kommissarischen Vorsitzenden der Tarifkommission, **Marcus Najemnik**.

An der öffentlichen Veranstaltung nahmen neben den DBB NRW Vorstandsmitgliedern

Roland Staude, **Andreas Hemsing**, **Stefan Behlau**, **Diana Wedemeier** und **Mathia Arent-Krüger** u. a. auch Vertreter und Vertreterinnen der im Landtag vertretenen Parteien teil. Darunter die Fraktionsvorsitzenden **Verena Schäffer** MdL (Bündnis 90/Die Grünen) und **Thomas Kutschaty** MdL (SPD) sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Dr. Marcus Optendrenk** MdL (CDU) und der personalpolitische Sprecher **Ralf Witzel** MdL (FDP). Hier wurde von allen Seiten festgestellt, dass die vdlA gewerkschaft ein unver-



Der Vorstand mit den Delegierten des vdlA Gewerkschaftstags



Himmet Ertürk eröffnet den vdlA Gewerkschaftstag.

zichtbarer Partner für die Tarifrfragen im Land NRW ist.

### Arbeitstagung: Forderung nach einem Digitalisierungs-Tarifvertrag

Bei den mitunter auch kontrovers diskutierten Sachanträgen auf der Arbeitstagung ging es um die Positionierung der vdlA gewerkschaft zu Fragen wie der Eingruppierung von IT-Fachpersonal, der technischen und allgemeinen Ausstattung im Homeoffice, beihilferechtlichen Fragen, der Attraktivität des Landesdienstes, dem Umgang mit den nunmehr gesetzlich eingeführten Möglichkeiten von Langzeitarbeitskonten, der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten sowie der Nachhaltigkeit und Mobilität.



Die Delegierten bei einer Abstimmung

Aus den Anträgen der Fachgruppen ist insbesondere die Forderung zu einem Digitalisierungstarifvertrag herauszuheben, da dieses Thema aufgrund des Fachkräftemangels und der damit verbundenen weiteren Digitalisierung von Aufgaben in den nächsten Jahren enorme Bedeutung gewinnen wird. ■



Roland Staude bei seinem Grußwort auf dem vdlA Gewerkschaftstag

### Seniorenvertretung

## Verärgerung über das geplante Energieentlastungspaket

### Sitzung der DBB NRW Landesseniorenvertretung

Die Mitglieder der DBB NRW Landesseniorenvertretung trafen sich am 10. Mai 2022 zu einer Sitzung im Hotel Meliá in Düsseldorf. Die Vorsitzende Mathia Arent-Krüger freute sich mit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach langer Zeit auf das persönliche Treffen und den Austausch miteinander.

Als Gast herzlich willkommen geheißen wurde der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staude**, der zunächst über die anstehende Landtagswahl berichtete und darauf hinwies, dass der DBB NRW mit allen demokratischen Parteien/Kandidatinnen und Kandidaten in Gesprächen steht. Mittelpunkt dieser Gespräche sind die verschiedenen Parteiprogramme sowie die Interessen und Erwartungen des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes an die Parteien und die neu zu bildende Regierung.

Mitglieder der Seniorenvertretung und Roland Staude diskutierten und tauschten sich u. a. über folgende weitere Themen aus: den Tarifabschluss vom November 2021, die Historie der Besoldungsgespräche in NRW, die besonderen Regelungen zur Zahlung der „Coronaprämie“, den Wegfall der Kostendämpfungspauschale, das Energieentlastungspaket und die Forderung nach einem Versorgungsunterstützungsgesetz.

Mit großer Verärgerung wurde über das geplante Energieent-

lastungspaket diskutiert, das Rentnerinnen und Rentner sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger unberücksichtigt lässt. Die Vorsitzende berichtete über Bemühungen, Nachbesserungen zu erreichen.

Die weiteren Schwerpunkte der Beratungen waren der Bericht über die Hauptversammlung der Bundesseniorenvertretung am 26. April,

Verbesserungen in der Pflege durch das Gesundheits-Versorgungs-Weiterentwicklungsgesetz sowie erste Reformschritte für ein Rentenpaket II.

Abschließend tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Seniorenarbeit in den Fachgewerkschaften und die weiteren Planungen für das Jahr 2022 aus. MAK



Guido Arens, Roland Staude, Mathia Arent-Krüger und Hermann Lang (von links)

## Wussten Sie schon?

# Die Landesregierung richtet Portal für mehr digitale Bürgerbeteiligung ein

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, die Qualität der digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung zu verbessern, die Anzahl der Angebote im Land zu erhöhen und allen Bürgerinnen und Bürgern den Einstieg in sämtliche Beteiligungsangebote des Landes zu vereinfachen.

Die Möglichkeit zur Teilhabe unterstützt eine lebendige Demokratie und erlaubt der Regierung sowie den Verwaltungen effizienter und im Sinne der Bevölkerung zu arbeiten.

Um dieses Ziel umzusetzen, steht allen Ministerien, Landesbehörden und Kommunen in Nordrhein-Westfalen ab sofort das kostenfreie Portal „Beteiligung NRW“ zur Verfügung.

Das Portal bietet eine schnelle und unkomplizierte Möglichkeit, digitale Beteiligungsformate anzubieten. Zu den Angeboten des Portals zählen u. a.:

- **Dialogverfahren** – relevante Themen diskutieren und Beiträge anderer Nutzenden bewerten lassen;
- **Meldeverfahren** – Ereignisse oder Orte des öffentlichen Interesses melden lassen sowie



– **Umfragen** – offene oder geschlossene Umfragen durchführen und qualifiziert auswerten. ■

[www.beteiligung.nrw.de](http://www.beteiligung.nrw.de)

Hier kann man sich nicht nur an interessanten Verfahren beteiligen und mitdiskutieren, sondern auch als Landesbehörde, Kommune oder Kreis in Nordrhein-Westfalen eine eigene Beteiligungsseite aufbauen.

## Rechtsschutz

# Konferenz der Rechtsschutzbeauftragten

Roland Staudé betont Wichtigkeit des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes

**Die Rechtsabteilung des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion kam zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den Rechtsschutzbeauftragten der Mitgliedsgewerkschaften zusammen.**

Die zwischenzeitlich ins dritte Jahr gehende Coronapandemie ist nicht spurlos am gewerkschaftlichen Rechtsschutz vorbeigegangen: Neue rechtliche Fragestellungen tauchten auf, Abläufe mussten neu organisiert werden, die Kommunikation untereinander erfolgte fast ausschließlich digital, nur um einige Beispiele der Herausforderungen zu nennen.

Zudem gab es auch personelle Wechsel im Kreis der Rechtsschutzbeauftragten. Dies alles war Grund genug für ein Treffen am 16. Mai 2022 im Hotel Meliá in Düsseldorf. Auf Einladung des DBB NRW kamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rechtsabteilung des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes mit den Rechtsschutzbeauftragten der Mitgliedsgewerkschaften

zusammen. Der Erste Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staudé**, ließ es sich nicht nehmen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu begrüßen. „Der gewerkschaftliche Rechtsschutz ist ein wesentlicher Teil der gewerkschaftlichen Arbeit und des Angebots für die Mitglieder“, so Staudé.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen die Gelegenheit wahr, sich ohne konkrete Tagesordnung kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen. Es konnten aber auch untereinander Fragen, die sich im täglichen Umgang mit Rechtsschutzanträgen stellen, besprochen und geklärt werden. Besonders der Umfang und Ablauf des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes konnten eingehend erörtert werden.

Teilgenommen haben an der Konferenz die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rechtsabteilung des DBB NRW (**Julia Dalhoff-Schereik, Tanja Henze-Huppertz, Manuela Trennhaus und Malte Poerschke**) sowie die Rechtsschutzbeauftragten **Karen Altmann (DJG), Peter Brock (BSBD), Jutta Elten (PhV), Roland Ferres (vdla), Marion Fuchs (BDF), Joachim Klüpfel-Wilk (VBE), Christopher Lange (Lehrer nrw), Eckhard Schwill und Norbert Neu (komba), Katrin Thommessen (DSTG), Werner Wolter (BTB), Thorsten Ziemek (vLw) und Sarah Zylka (DPoIG).**

Es bestand Einigkeit, dass solche Treffen sinnvoll sind, um unkomplizierte Fragen und Probleme zu diskutieren und zu klären, um eine effektive und reibungslose Rechtsschutzgewährung zu gewährleisten. Schließlich geht es darum, den Mitgliedern möglichst schnell Hilfe in häufig besonders belastenden Situationen zu bieten.



**Zum Hintergrund:** Der DBB NRW gewährt den in seinen Mitgliedsgewerkschaften organisierten Kolleginnen und Kollegen als gewerkschaftliche Serviceleistung berufsbezogenen Rechtsschutz. Die Rechtsschutzgewährung richtet sich nach den Vorgaben der Rechtsschutzordnung des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion. Die Mitglieder der Fachgewerkschaften des DBB NRW können Rechtsschutz in Anspruch nehmen, indem sie sich zunächst an die jeweilige Mitgliedsgewerkschaft wenden und dort den Rechtsschutz beantragen. MP

# Reduzierung der Wochenarbeitszeit und flexible Arbeitszeitmodelle

Roland Staupe auf dem Kreisgewerkschaftstag des DBB KV Münster

„Der öffentliche Dienst der Zukunft ist nur dann attraktiv, wenn den Beschäftigten flexible Arbeitsmodelle angeboten werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen.“ Dieses Fazit zog der DBB NRW Landesvorsitzende Roland Staupe beim DBB Kreisgewerkschaftstag am 17. Mai 2022 in Münster.

„Wissenschaftliche Studien in mehreren europäischen Ländern zeigen“, so Staupe, „dass Vollzeitkräfte sich eine reduzierte Wochenarbeitszeit wünschen und dass Teilzeitkräfte nach Möglichkeiten suchen, ihre Arbeitszeit erhöhen zu können. Starre Arbeitsmo-

delle wie die 41-Stunden-Woche im Beamtenbereich in NRW passen nicht mehr in die Zeit. Deswegen“, so der DBB NRW Vorsitzende, „setzen wir uns für eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit und für flexible Arbeitszeitmodelle ein.“



Meik Bruns, Michael Habeck und Roland Staupe (von links)

© DBB KV Münster (2)



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kreisgewerkschaftstags des DBB KV Münster

DBB Münster Kreisvorsitzender Meik Bruns präsentierte den örtlichen Vertretern aus den DBB NRW Mitgliedsgewerkschaften einen umfangreichen Geschäftsbericht und stellte damit die vielfältige Arbeit des DBB Kreisverbandes Münster dar. Mit Michael Habeck (DPoIG) wurde ein neuer Kassierer und mit Uli Westhues (DSTG) ein neuer Beisitzer gewonnen, die die Arbeit des geschäftsführenden Vorstandes unterstützen werden.

Infos zur Arbeit des DBB Kreisverbandes findet man unter [www.muenster.dbb-nrw.de](http://www.muenster.dbb-nrw.de).

## Jugend

# Warum der öffentliche Dienst bunter werden sollte

dbb jugend nrw: Anteil junger Beschäftigter mit Migrationshintergrund soll weiterwachsen

**Steuerbeamte mit polnischen Wurzeln, Polizistinnen mit türkischem Hintergrund, Kommunalbeschäftigte, deren Eltern aus Russland zugewandert sind. Der öffentliche Dienst, der ureinst als typisch deutsch galt, ist vielfältig geworden. Der Anteil junger Beschäftigter mit Migrationshintergrund sollte dennoch weiterwachsen, findet die dbb jugend nrw.**

Ein Viertel der Menschen in Deutschland hat eine Zuwanderungsgeschichte. In den Stellenbesetzungen im öffentlichen

Dienst zeigt sich das bislang aber noch viel zu wenig. Nur neun Prozent der Beschäftigten haben im Jahr 2019 einen Mig-

rationshintergrund, wie aktuelle Zahlen des Mikrozensus zeigen. Seit 2005 hat es daran wenig Bewegung gegeben. Etwas mehr Wind in Sachen Einstellung junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte täte not. Alleine deshalb, weil bis 2036 die Hälfte der derzeit Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung in den Ruhestand gehen. Ein weiterer Grund: Personen mit Migrationshintergrund machen einen großen Teil der Bevölkerung in Deutschland aus. Inzwischen

ist rund jeder Vierte zugewandert oder zählt zur zweiten Generation von Familien mit ausländischen Wurzeln.

**„Öffentlicher Dienst sollte Spiegel der Gesellschaft sein“**

Dem versucht man mit gezielten Werbeaktionen etwas entgegenzusetzen. Die Polizei in NRW sucht schon seit vielen Jahren gezielt nach jungen Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund. 2010 startete die NRW-Landesregie-

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Stauda (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

**Chefredakteur:** Joachim Klein

**Redaktion:** Mathia Arent-Krüger, Malte Poerschke, Uwe Groß und Markus Klügel

**Redaktionsschluss:** am 15. jeden Monats.

**Hinweis:** Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

**Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 44, gültig ab 1.1.2022. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

rung eine Initiative, um auf die Chancen im öffentlichen Dienst aufmerksam zu machen. Die Stadt Hamburg wirbt mit Flyern um Migranten für die Stadtverwaltung. In Berlin bemüht sich das „Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund“ darum, deren Anteil zu steigern.

Das macht Sinn, findet auch **Susanne Aumann**, Vorsitzende der Deutschen Beamtenbund-Jugend NRW (dbb jugend nrw). „Der öffentliche Dienst sollte ein Spiegel der Gesellschaft sein. Es ist absolut wichtig, dass das so ist, denn er repräsentiert die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger – ganz gleich, welches Alter, Geschlecht oder welche Zugehörigkeit sie haben.“

### Mehr Akzeptanz und Kompetenz

Gemeinsam mit der dbb jugend nrw macht sich Aumann aber auch aus anderen Gründen für eine Entwicklung in diesem Sinne stark. Mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Sozialämtern, im Lehrerberuf oder bei der Feuerwehr – das fördere auch die öffentliche Akzeptanz. „Diese

Menschen haben aufgrund ihrer Herkunft besondere Kompetenzen, die sie einfließen lassen können“, betont die Chefin der dbb jugend nrw.

Ein Beispiel: Die meisten sprechen neben Deutsch die Sprache ihres eigenen Herkunftslandes oder der elterlichen Ursprungsheimat. Das macht



Migration ist für Susanne Aumann kein Fremdwort – sie selbst hat ausländische Wurzeln.

© dbb jugend nrw

manches Mal die Verständigung leichter und fördert Empathie, weil es dadurch Menschen in wichtigen Schlüsselpositionen gibt, die ein breiteres kulturelles Grundverständnis mitbringen. „Dies im eigenen Kollegenkreis zu erleben, bringt alle ein Stück nach vorn, weil es Scheuklappen öffnet“, sagt Aumann. Mit Diversität könne man Heraus-

forderungen flexibler begegnen, betont sie.

### Im Beamtenrecht tätigen Veränderungen not

Es sei zudem eine Frage von eigener Haltung: Es wäre wichtig, dass die Unterrepräsentanz von Beschäftigten mit Migrationshintergrund nicht

„Wir brauchen außerdem eine zielgruppengerechte Ansprache“, betont sie. Gerade digital hänge der öffentliche Dienst häufig hinterher.

Auch im Beamtenrecht seien Veränderungen erforderlich, wenn man diesen Weg beschreiten wolle. Es stelle sich zu eingeschränkt dar. Lediglich Deutsche und EU-Bürgerinnen und -Bürger würden darin derzeit Berücksichtigung finden. „Diese rechtlichen Hürden müssten ausgeräumt werden“, sagt die Vorsitzende der dbb jugend nrw.

Aumann hält diese Maßnahmen für grundlegend, um schließlich auch angesichts des vorherrschenden Personal- und Fachkräftemangels richtig zu reagieren. „Wenn man es geschickt anstellt, erreicht man zum Schluss eine Win-win-Situation in beide Richtungen.“ Den Migrationsanteil bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst zu erhöhen, bringe nicht nur frischen Wind und ein vielfältiges Denken in den öffentlichen Dienst. Es helfe auch, den Personalnotstand ein Stück weit auszumerzen, so Aumann. MK